



## **Auf Kosten der Schwächsten?**

Bericht: Marcel Siepmann

Früh halb 5 in einer kleinen Gemeinde in Südthüringen. Wie jeden Morgen sortiert Karsten Halbauer Zeitungen und Briefe vor – auch nach 8 Jahren nimmt er das noch ganz genau.

### **Karsten Halbauer**

**Es soll ja kein Brief vergessen werden. Und ich will auch nicht über den Haufen gefahren werden, deshalb das Licht.**

Während die meisten Bewohner noch im Bett liegen, fährt Halbauer für den gesetzlichen Mindestlohn von 8,84 Euro seine Runde.

### **Karsten Halbauer**

**So wie man das auch bezahlt bekommt, ist man der letzte im Dorf. Da hat man zu mir gesagt: Du verdienst ja noch nicht mal die Schuhsohle, die du dir abläufst bei dem Lohn.**

Leben kann er von seinem Job als Zeitungszusteller nicht. Halbauer ist deshalb auf seinen zweiten Beruf als Kaminholzhändler angewiesen. Wie er arbeiten rund 140.000 Menschen als Zeitungszusteller – viele davon im Minijob. Laut einer Klausel im Koalitionsvertrag soll sich die Situation für diese Minijobber nun verschlechtern.

**Zitat: „Zur Sicherung der bundesweiten Versorgung mit Presseerzeugnissen [...] wird bei Minijobs von Zeitungszustellern der Beitrag zur Rentenversicherung, den die Arbeitgeber zu tragen haben [...] von 15 auf 5 Prozent abgesenkt.“**

Gelten solle diese Sonderregelung für zunächst 5 Jahre. Was würde sie für die Zusteller bedeuten? Während bei Minijobs der Arbeitgeber regulär 15 und der Arbeitnehmer 3,6 Prozent Rentenbeitrag zahlt, soll der Arbeitgeberanteil nun auf 5 Prozent gesenkt werden. Der Zusteller müsste dann die fehlenden 10 Prozent ausgleichen. Bei einem Zeitungszusteller, der 450 Euro im Minijob verdient, wären das 45 Euro weniger Lohn.

Wir treffen Stephan Bast, Betriebsrat bei der Dresden Zustellservice GmbH. Ungefähr 300 Zusteller sind hier im Minijob beschäftigt. Was würden 45 Euro weniger für sie ausmachen?



**Stephan Bast, Betriebsrats, MV Dresden Zustellservice GmbH**

**Wir reden hier von einem Wocheneinkauf für eine Person also wenn man da fehlt. Da fehlt was und wir haben auch viele die im normalen Arbeitsmarkt keinen Job finden und auf diese 450 Euro angewiesen sind. Und da jetzt eine Kürzung vorzunehmen wäre ja auch eine Beschneidung des Mindestlohns**

Eine finanzielle Entlastung verlangen die deutschen Zeitungsverleger schon seit längerem. Bei einem Journalistengespräch bei den Lübecker Nachrichten im August lehnte Martin Schulz den Vorschlag noch ab, die Verlage bei den Sozialabgaben zu entlasten.

**Martin Schulz, ehemaliger SPD-Vorsitzender**

**Wenn Sie von mir als Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei etwas hören wollen was unter dem Mindestlohn liegt.**

**Stefanie Hauer**

**Ich meine bei den Sozialabgaben.**

**Martin Schulz**

**Da kann ich Ihnen nicht weiterhelfen. (...) Wenn ich das heute hier im Medienbereich mache, dann kommt morgen eine andere Branche und sagt: Ich bin genauso belastet.**

Trotz der klaren Absage im Sommer landet der Passus im Koalitionsvertrag. Laut SPD auf ausdrücklichen Wunsch der CDU. Doch die schiebt den Schwarzen Peter zurück.

**Peter Weiß**

**Ich weiß nicht, wie es zu einem solchen Gerücht kommen kann, da ich in der Verhandlungsgruppe mit dabei war, kann ich auch eins bestätigen: Die drei Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD haben diesen Text verfasst. Die Sozialdemokraten haben ja ein erkennbar größeres Interesse an diesem Thema, weil sie auch Miteigentümer von Tageszeitungen sind, das ist die CDU nicht.**

Tatsächlich: hundertprozentiger Eigentümer der Verlagsgruppe DDVG ist die SPD. Die DDVG wiederum ist an Verlagshäusern beteiligt.

So verdient die SPD am Verkauf zahlreicher Tageszeitungen. Von den Cuxhavener Nachrichten über die Leipziger Volkszeitung bis hin zur Sächsischen Zeitung. 2007 verzeichnete die DDVG noch einen Jahresüberschuss von 17 Mio. Euro.



11 Mio. davon gingen an die SPD. 2016 war der Überschuss schon deutlich geringer. Die Ausschüttung an die SPD belief sich auf nur noch 4 Mio. Euro. Ein Interessenskonflikt der SPD?

Wir wollen mit der SPD darüber sprechen. Ein Fernsehinterview wird allerdings abgelehnt. Versuch am Rande einer Veranstaltung ins Gespräch zu kommen. Der Mindestlohn war das Lieblingsprojekt von Andrea Nahles als Arbeitsministerin. Jetzt wird er durch die Hintertür ausgehöhlt.

### Reporter

**Ich habe eine Frage an Frau Nahles direkt. SPD und Union haben beschlossen, dass die Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung bei Zeitungszustellern im Minijob gekürzt werden sollen. Höhlt das nicht den Mindestlohn, für den Sie ja jahrelang gekämpft haben, aus?**

### Moderation

**Ganz konkrete Frage. Während Frau Nahles noch nachdenkt, auf dem Rückweg schnappe ich noch die dritte und letzte Frage für die Runde.**

Andrea Nahles beantwortet die Frage auch nach längerem Nachdenken nicht.

Schriftlich antwortet die SPD: **Die Pressefreiheit ist ein verfassungsrechtlich geschütztes Gut. Insofern ist die Sonderregelung hier vertretbar.**

Zum Interessenskonflikt heißt es, die DDVG habe keinen Einfluss gehabt. Inzwischen ist die Rede davon, dass die Beiträge von staatlicher Seite ausgeglichen werden sollen. Das wird auch in einer Talksendung zum Thema.

### Hans-Ulrich Jörges, Journalist:

**Die Rentenbeiträge der Zeitungsverlage für die Zeitungsausträger, diese armen Hunde, die morgens zwischen 3 und 5 Uhr die Zeitungen rumtragen, bei Wind und Wetter, die Rentenbeiträge werden von 15 auf 5 Prozent gekürzt. Das ist ein schrecklicher Fall von Lobbyismus**

Alles anders, behauptet die Vertreterin der Bundesregierung.



**Monika Grütters, CDU, Staatsministerin für Kultur und Medien:**

**Ich möchte nur dieses eine Detail richtigstellen, weil ich den Artikel gelesen hab und mir schon dachte, dass sie damit heute kommen. Was sie dabei übersehen haben ist, dass die Lücke die dadurch entsteht von 10 Prozent wird vom Staat übernommen.**

**Hans-Ulrich Jörges: Davon steht nichts im Koalitionsvertrag.**

**Monika Grütters: Ja, deshalb sag ich's ihnen ja jetzt auch.**

**Hans-Ulrich Jörges:**

**Ja, das ist aber ja interessant. Ich habe, liebe Frau Grütters, mit dem Kanzleramt über diese Frage geredet. Da war keine Rede davon, dass der Staat die Rentenbeiträge zahlt. Das haben sie schnell noch erfunden. Das will ich nur mal geradestellen.**

Keine Mehrbelastung für Zusteller. Auch die SPD verweist inzwischen auf eine solche Einigung. Wie das allerdings in ein Gesetz gegossen werden soll, ohne Nachteil für die Minijobber, bleibt unklar – genauso wie die Frage, woher das Geld für den staatlichen Ausgleich kommen soll.